

kerkerker gefangenen orthodoxen Brüdern die Freiheit zu bringen. Wo die eine Seite die Treue der Ruthenen beschwor, sah die andere Verrat, und *vice versa*.

Aus dem Raster der meist geradezu spiegelbildlichen Darstellungen fielen die österreichische und die russische Rechte nur dort, wo sie gemeinsame antisemitische Vorurteile pflegten und der jüdischen Bevölkerung die Schuld an der Lebensmittelknappheit zuschoben. Parallelen zeigten sich auch in den Visionen für ein zukünftiges Polen. Mit fortschreitendem Verlauf des Krieges sahen nicht nur österreichische Zeitungen die Notwendigkeit einer umfassenden Neuordnung des habsburgischen Vielvölkerstaates. Auch in Petrograd wurde die liberale *Reč'* nicht müde, anhand des polnischen Beispiels das Scheitern der russischen Nationalitätenpolitik anzuprangern. Gemeinsam war der Presse auf beiden Seiten schließlich, dass sie das umkämpfte Galizien überhaupt erst in das öffentliche Bewusstsein rückte. Galizien war schlagartig nicht mehr Peripherie. Siegesgewiss erörterten Zeitungen in beiden Hauptstädten anhand Galiziens die Aussichten auf eine glücklichere Zukunft, entsetzt registrierten sie die Schrecken des Krieges, seine Zerstörungen und irgendwann auch seine Sinnlosigkeit. Vor allem für die Wiener *Arbeiter-Zeitung* wurden die galizischen Flüchtlinge zum Inbegriff unverschuldeten menschlichen Leids und zur Mahnung an einen zusehends überforderten Staat. Überhaupt lässt sich anhand der Berichterstattung über Galizien entgegen aller Zensur die fortschreitende Erosion von Kriegsbegeisterung und Kriegsbereitschaft ablesen, die sich nicht zuletzt in den Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen und vor allem politischen Neubeginn nach Kriegsende richteten. Nach Jahren der Verwüstung konnte nichts so bleiben, wie es einst gewesen war. Galizien spielte in den Visionen für die Nachkriegszeit auf beiden Seiten erneut eine zentrale Rolle, allerdings nur als Objekt weitgreifender staatlicher Neuordnung, die auf die Hoffnungen und Erwartungen seiner Bevölkerung wenig Rücksicht nahm. Ein geeintes Galizien kam in den meisten Entwürfen ohnehin nicht mehr vor. Die Teilung in West und Ost, die vor dem Krieg zu endlosen politischen Blockaden geführt hatte, schien gegen Kriegsende beschlossene Sache.

Mit gutem Grund schließt die Vf. den Betrachtungszeitraum mit dem Herbst 1917. Galizien war nun ganz in der Hand der Mittelmächte, im revolutionären Russland gab es größere Sorgen, und die Presselandschaft in Petrograd war mit der in Wien ohnehin kaum noch vergleichbar. Die Ausgangskonstellation, aus der die Arbeit ihren analytischen Zugriff bezieht, war also nicht mehr gegeben. Entsprechend verzichtet H. darauf, den Nachhall veränderter Wahrnehmungen und ihrer Bedeutung für die Kriege in Galizien in den folgenden polnischen und russischen Bürgerkrieg hinein zu diskutieren. Wer jedoch der Erosion zweier Imperien nachspüren will, die siegesgewiss in den Krieg zogen, diesen zu erheblichen Teilen in und um Galizien führten und daran schließlich zugrunde gingen, dem sei die Lektüre wärmstens empfohlen.

Jena

Joachim von Puttkamer

**Agnes Laba: Die Grenze im Blick.** Der Ostgrenzen-Diskurs der Weimarer Republik. (Studien zur Ostmitteleuropaforschung, Bd. 45.) Verlag Herder-Institut. Marburg 2019. X, 497 S., 42 Ill. ISBN 978-3-87969-414-3. (€ 90,-)

Was den Römern angeblich *Catos ceterum censeo*, war der Weimarer Republik die Überzeugung, die durch den Versailler Vertrag geschaffene Ostgrenze des Deutschen Reiches müsse revidiert werden. Diesem gesellschaftlichen Konsens spürt Agnes Laba in ihrer nun veröffentlichten Dissertation nach. Anhand einer historischen Diskursanalyse verfolgt sie die Kernfrage, durch welche strukturellen und inhaltlichen Mechanismen sich jener Konsens über die Ablehnung der Ostgrenze in der Weimarer Demokratie etablieren konnte. Die Grundlage für diese Betrachtung bildet dabei die Annahme, dass Grenzen Konstruktcharakter aufweisen und erst als Ergebnis von Diskursen und sozialen Praktiken Geltung erlangen.

Das Quellenkonvolut der Arbeit umfasst neben der überregionalen Tagespresse und einigen ergänzend herangezogenen Archivbeständen insbesondere Einzelpublikationen der die Debatten prägenden Akteure, Erdkundeschulbücher und darin abgedruckte Karten. Besonderer Wert spricht L. der Kombination von Bild- und Textebene zu, die dem Ostgrenzen-Diskurs erst seine „Spannbreite und Wirkungstiefe“ (S. 73) verliehen habe. Der Genese und dem Einsatz sog. „suggestiver Karten“ als Werkzeuge der zeitgenössischen Publikationen widmet L. folgerichtig besondere Aufmerksamkeit; diese Synthese zählt zusammen mit den Interpretationen einzelner Karten und dem hervorragend bebilderten Anhang zu den großen Stärken des Buches.

Die Vf. postuliert zwei Hauptthesen. Zum einen habe der Ostgrenzen-Diskurs durch seinen Verlauf und die darin entwickelten Narrative und Alternativkonzepte einer deutschen Ostgrenze den Boden für die expansive Raumpolitik des nationalsozialistischen Regimes bereitet, die letztlich „wie eine folgerichtige Weiterführung – ja Erfüllung – der Debatten der 1920er und frühen 1930er Jahre erscheinen musste“ (S. 6). Zum anderen habe die Auseinandersetzung um die Ostgrenze die Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg diskursiv „überschrieben“ und sei selbst zum Symbol für jene Niederlage avanciert (S. 8). Dass sich diese beiden Thesen letztlich nicht getrennt voneinander betrachten lassen, sondern sich reziprok bedingen, zeigt der weitere Verlauf des Argumentationsgangs.

Ihrem doppelten Ansatz einer strukturellen und inhaltlichen Analyse folgend, steckt L., bevor sie mit der eigentlichen Textarbeit beginnt, ihr umfangreiches Diskursfeld ab und identifiziert drei zentrale Akteursgruppen: Ein sinnvoller Fokus liegt auf den akademischen Geowissenschaften, innerhalb derer zum einen die *Zeitschrift für Geopolitik* um Karl Haushofer, zum anderen die Leipziger Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung um Albrecht Penck und Wilhelm Volz meinungsprägend waren. Als dritte Akteursgruppe mit wichtigen Verbindungen zur Politik und zum sog. „Auslandsdeutschum“ greift L. das „jungkonservative Diskursfeld“ heraus, das in der *Zeitschrift Volk und Reich* sein Sprachrohr sowie in Karl Christian von Loesch und Max Hildebert Boehm seine prägendsten Vertreter hatte.

Die zentralen Begriffe, die L. durch die verschiedenen Teildiskurse verfolgt, sind „Delegitimierung“ und „Emotionalisierung“ der Ostgrenze. Als Kristallisationspunkte wählt die Vf. die gängigen Beispiele Ostpreußen, „Korridor“ und Oberschlesien und arbeitet drei Hauptphasen heraus. In der ersten Phase, um den Jahreswechsel 1918/19, etablierte sich der zentrale Topos einer „ungerechten Grenze“, der das Fundament aller weiteren delegitimierenden Diskursstrategien bildete. In der zweiten Phase, während der Volksabstimmungen, fokussiert L. darauf, wie den Plebisziten sich wandelnde Bedeutungen zugeschrieben worden sind: Erst aufgrund der eindeutigen Wahlentscheidungen zugunsten des Deutschen Reichs wurden die Abstimmungen retrospektiv als Argument zur Delegitimierung der Ostgrenze herangezogen. In der dritten Phase, die sich rund um die Verhandlungen zu den Verträgen von Locarno ansiedeln lässt, trat vor allem der emotionalisierende Topos vom „Grenzland“ als Konfrontationszone in den Mittelpunkt. Aus Sicht der Diskursteilnehmer standen sich die als Organismen begriffenen Staaten an ihren Grenzen in einer existenziellen Auseinandersetzung um „Lebensraum“ gegenüber. Die Nachzeichnung der Tiefenwirkung der aus den Werken Friedrich Ratzels und Rudolf Kjelléns aufgegriffenen und insbesondere von Haushofer weitergesponnenen Annahme des Staates als Organismus, der sich ausweiten müsse oder ansonsten dem Untergang geweiht sei, zählt zu den besonders lesenswerten Passagen der Studie.

Unter dem Anschein wissenschaftlicher Objektivität der zentralen Akteursgruppen entwickelte sich so im Ostgrenzen-Diskurs eine offene Theoriebildung, die nicht den außenpolitischen Zwängen der Weimarer Republik unterlag und sich unter der Grundannahme einer Veränderlichkeit der „ungerechten“ Staatsgrenze zu einer „Ersatz-Außenpolitik“ (S. 74) entwickelte. Innerhalb dieses Diskursfeldes hielten zunehmend eigene Ansätze zur Gestaltung und Abgrenzung eines deutschen „Wir-Raums“ Einzug, die nicht mehr durch

staatsrechtliche, sondern ethnische oder kulturelle Kriterien bestimmt waren und sich von einer revisionistischen in eine expansive Ausrichtung wandelten. In ihren konkreten Ausführungen blieben diese Alternativkonzepte allerdings vage, sodass sich die von L. postulierten Anknüpfungsmöglichkeiten späterer russischer Argumentationsstränge ergaben.

So überzeugend die Erkenntnisse aus der Kombination der strukturellen mit der inhaltlichen Analyse des Ostgrenzen-Diskurses auch sind, bringt die strikte darstellerische Trennung von Akteuren und Debatte doch drei gewichtige Probleme mit sich: Zum Ersten verlangt dieser Ansatz einen hohen Grad an Syntheseleistung aus der Sekundärliteratur, hinter dem eine genuine, innovative Quellenarbeit insbesondere im ersten Teil der Studie zu sehr ins Hintertreffen gerät. Dies schmerzt gerade deshalb, da die vorhandenen Interpretationen von Quellentexten und „suggestiven“ Kartendarstellungen und deren Breiten- und Tiefenwirkungen den größten Erkenntnisgewinn der Studie über die bereits wohlverstandenen Facetten des Diskurses hinaus bieten. Zum Zweiten zwingt die Struktur zu Redundanzen, führt aber, zum Dritten, gleichzeitig zu teilweise unklaren Gewichtungen. Zwar werden einige Einzelaspekte, wie etwa die Staatsbürgerschaftspraxis (Kap. V.3.3.1), in sich schlüssig und durchaus tiefgreifend argumentiert, ihre Einordnung in den Gesamtkontext der Fragestellung wird aber nur unzureichend deutlich. Andere Themen, die zentraler erscheinen, werden dagegen nur oberflächlich angerissen. So bleibt etwa das „jungkonservative“ Milieu im Gegensatz zu den anderen Akteuren recht unscharf. Darüber hinaus wird zwar die für den deutschsprachigen Raum grundlegende Studie von Gernot Briesewitz zur polnischen Westforschung<sup>1</sup> rezipiert, die polnische Seite in dem als existenziell wahrgenommenen Grenzkonflikt kommt in den Ausführungen jedoch kaum zu Wort. Insgesamt verharret die Studie auf einem zentralen Blickwinkel, der eine Vor-Ort-Perspektive lokaler Akteure an der deutschen Ostgrenze nicht einbezieht.

Die Stärken der Studie liegen somit in ihrer intellektuell beeindruckenden und sprachlich sehr gut lesbaren Syntheseleistung, die in der Quantität der Tiefenanalyse genuin primärer Quellen noch Raum für Ergänzungen offenlässt. Mit den Anregungen aus dieser Studie bleibt ein Blick auf die Ostgrenze damit auch zukünftig lohnenswert.

Freiburg

Johanna Bichlmaier

<sup>1</sup> GERNOT BRIESEWITZ: Raum und Nation in der polnischen Westforschung 1918–1948. Wissenschaftsdiskurse, Raumdeutungen und geopolitische Visionen im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte, Osnabrück 2014.

**The Politics of Disability in Interwar and Socialist Czechoslovakia.** Segregating in the Name of the Nation. Hrsg. von Victoria Schmidt. Amsterdam University Press. Amsterdam 2019. 252 S., Ill. ISBN 978-94-6372-001-4. (€ 99,-)

In der spätsozialistischen Tschechoslowakei wurden bekanntermaßen in einem beträchtlichen Ausmaß Romafrauen zur Abtreibung und/oder zur Sterilisation gedrängt, um diese Bevölkerungsgruppe an der vermeintlich übermäßigen Fortpflanzung zu hindern. Wie viele Frauen genau den auf der Grundlage einschlägiger Verordnungen geschaffenen Anreizen nachgaben, weiß niemand. Der vorliegenden Studie geht es darum, die politik- und wissenschaftshistorischen Ursachen hierfür zu klären. Das Werk ist von drei Autor\*innen verfasst. Neben der Hrsg. Victoria Schmidt, die an allen Teilen des Werks mitgewirkt hat, handelt es sich dabei um den Sonderschul- und Heilpädagogen Karel Paňočka und den Historiker Frank Henschel. Die Hrsg. hat Sozialarbeit studiert, arbeitet aber seit 2011 an dem vorliegenden Projekt. Dies erklärt sich vor dem Hintergrund, dass Pädagog\*innen und Sozialarbeiter\*innen durch Beratungstätigkeit gegenüber den Roma zur Umsetzung einer Politik der negativen Geburtenkontrolle bzw. Eugenik wesentlich beigetragen haben.

Somit handelt es sich also bei der vorliegenden Studie um den eher seltenen Fall eines wissenschaftlich fundierten und allein in wissenschaftlicher Absicht verfassten histori-